

POLIZEI REPORT

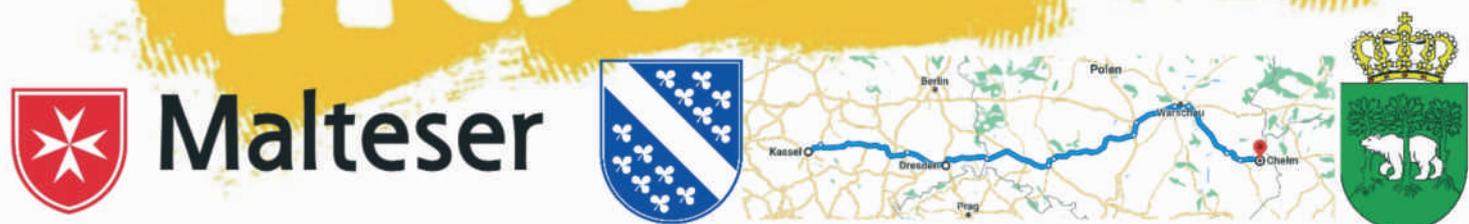
G 46983
ISSN 0937-5333

Nr. 86 · Juni 2022

**Ukrainekrieg
Hilfstransporte 2022**



**Wir
helfen!**



Malteser

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT



Karsten Bech

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

in der Hessischen Polizei bewegt sich momentan sehr viel. Viele große Projekte wurden angeschoben und initiiert. Sicherlich ist dies auf dem Weg zu einer modernen Polizei auch wichtig und richtig. Jedoch scheint es, dass Vieles nun auf einmal geprüft und neu geregelt werden muss. Ich möchte hier ein paar Beispiele nennen. Das Projekt Fehler- und Führungskultur, welches auf die Ergebnisse der Expertenkommission fußt, die aufgrund der Vorwurfslagen rund um die Chatgruppen ins Leben gerufen wurden. In ganz vielen Teilprojekten wird nun, mit Blick auf die Empfehlungen der Expertenkommission, auf den aktuellen Stand innerhalb der Polizei geschaut. Sind Prozesse, Inhalte und die Struktur innerhalb der Polizei noch die Richtigen? Ist das Leitbild noch aktuell und wird es noch mit Leben gefüllt? Ist der Weg der Personalauswahl noch zeitgemäß und werden unsere Kolleginnen und Kollegen für diese Aufgaben richtig aus- und fortgebildet? Ein weiteres Beispiel ist die Umorganisation, die Entstehung der HöMS (Hessische Hochschule für öffentliches Management

Vorwort	3
Landesdelegiertentag 2022 in Marburg	7
Angriffsschädigung	11
Polizeidienstzulage – Hessen vorn?	11
Landesticket	13
Hilfstransport für die Ukraine	14
Einladungen zur Jahrshauptversammlung	20
Verabschiedung Bernhard Huder	20
Verabschiedung Andreas Stüb	21
Lost Place: das alte PP Frankfurt/M.	22
Verabschiedung Karin Janßen	25
GdP-Gespräche mit den Regierungsfractionen	27
Deutliches Zeichen der Polizei bundesweit	28
Fehler werden nur auf einer Seite gemacht	33
Das Monster ist zurück – Inflation	34
Aktuelles: neue Kontaktdaten der Bezügestelle	37
Interview zum Besoldungsurteil	38

Titelbild: Martin Mohr

und Sicherheit) und die Überprüfung der Spezialeinheiten mit der daraus entstandenen Umorganisation der Bereitschaftspolizei und der Zusammenführung zu einem Hessischen Präsidium Einsatz. Die Digitalisierung, veraltete und zu erneuernde Technik werden in dem Projekt „Schub 11“ beleuchtet. Auch hier besteht dringend Nachholbedarf. Positive erste Folgen sind zu spüren. Mobile Technik (Handys und Tablets) werden in Einsatz gebracht, die den täglichen Dienst professioneller, fortschrittlicher und effizienter machen. Ein Asservatenmanagement wird

neu aufgelegt und erhält eine neue Software. Sicherlich könnte man noch mehr ins Detail gehen und die Aufzählung fortführen. Aber alles wichtige Dinge, um mit der Polizei den Anschluss an die gesellschaftliche, technische Entwicklung zu halten und nicht den Veränderungen der Kriminalität hinterher zu laufen. Doch alle diese Projekte verschlingen natürlich Ressourcen insbesondere auch Personal. Die Ausbildungsoffensive und die politisch auferlegten Sicherheitspakete zur Stärkung der Basisstellendienststellen sind ebenfalls der richtige Weg, jedoch noch

lange nicht ausreichend. Leider kommen diese Stellen und Menschen nicht immer dort an, wo sie dringendst gebraucht werden, nämlich im Streifenwagen und im Ermittlungsdienst der Kommissariate und den Ermittlungsgruppen. Besondere Belastungen durch die Pandemie und die schreckliche Kriegssituation in Europa kommen noch erschwerend hinzu. Leider wird zurzeit in einigen Bereichen (z.B. Kinderpornographie) sehr viel mehr Personal benötigt als dies je der Fall war. Vermutlich wird sich dies ohne weitere technische Unterstützung auch nicht so schnell ändern. Künstliche Intelligenz (KI) ist ein Ansatzpunkt, benötigt aber natürlich auch Erprobungszeit und intensive Beobachtung, da sie in sehr sensiblen Bereichen zur Ermittlungsunterstützung eingesetzt werden soll. Also viele Baustellen an denen nur mit genügend Personal erfolgreich gearbeitet werden kann. Aus diesem Grund haben wir als GdP klare Forderungen an die politisch Verantwortlichen in Richtung Haushalt gerichtet.

Aber mir scheint auch, dass wichtige Dinge, die den Umgang mit uns – dem Personal – betreffen, politisch nicht mit der Priorität eins versehen sind. Auch hier möchte ich ein paar Beispiele nennen. Die nicht angepasste amtsangemessene Alimentierung. Jahrelang musste geklagt werden, um diesen Missstand nun höchstrichterlich festzustellen. Besoldungsreparaturgesetz ist nun die Lösung, jedoch weiß keiner wie es umgesetzt und auf welchen Grundlagen nun die „gerechte“ und amtsangemessene Alimentierung errechnet werden soll. Erschreckend und es wird wieder einmal deutlich, mit Fürsorge wird auf Zeit und zu Lasten der Beschäftigten gespielt. Ähnlich verhält es sich mit der „Angriffsentschädigung“ nach dem HBeamtVG. Eine mögliche Zah-

lung, wenn Kolleginnen und Kollegen im Dienst verletzt werden (siehe Artikel in diesem Report). Grundsätzlich eine gute Sache und nicht mehr als gerechtfertigt. Aber leider liegen auch hier der Dienstunfallstelle beim RP KS noch nicht die erforderlichen Handlungsempfehlungen vor, sodass sich die Abarbeitung und eine zeitnahe Auszahlung verzögert. Ein weiteres und mittlerweile schon trauriges Thema ist die Beihilfe. Ich möchte hier nicht die Verschlechterungen und Kürzungen der Leistungen ansprechen, das würde den Rahmen sprengen. Aber mit aller Deutlichkeit sei zum Ausdruck gebracht, dass die Serviceleistungen und der politische Wille zur Unterstützung der Beihilfenberechtigten viel Potential nach oben haben. Eingereichte Kosten- und Heilpläne (z.B. Zahnersatz, Kuren, Operationen etc.) werden nicht mehr berechnet und Erstattungsbeträge nicht mehr vorab mitgeteilt. Es fehlen die Ressourcen für diese jahrelange bewährte Verwaltungspraxis. Mit pauschalen Berechnungsbeispielen auf einem Formblatt kann man nur erahnen was ggf. erstattet wird. Ich bin mir sicher, dass ein Großteil der Berechtigten damit nicht klarkommt. Insbesondere möchte ich hier unsere Versorgungsempfänger erwähnen, die diesen Service kannten und nun oftmals sich ratsuchend an uns wenden, um durch die fehlende Beratung/Berechnung nicht in die finanzielle Überraschung zu geraten. Oftmals entstehen sehr hohe Arzt- oder Krankenhauskosten. Ein Vorschlag der GdP war es, beim Eingang eines solch hohen Beihilfeantrags eine Abschlagszahlung bis zur endgültigen Endbearbeitung des Antrages vorab auszuzahlen. Hohe Summen müssen teilweise vorgestreckt werden und nicht jeder hat immer die Deckung der Kosten auf der „Hohen Kante“. Auch hier hätte man

fürsorglicher handeln können und nicht die Idee der GdP ablehnen dürfen.

Als weiteres Beispiel möchte ich noch das Bekleidungswesen ansprechen. Von wochen-, gar monatelang andauernden Bestellvorgängen in Ditzingen wird uns zurzeit berichtet. Dringend erforderliche Uniformteile werden nicht geliefert. Qualität und Kosten würden einen gesonderten Artikel erfordern. Ich spreche einfach nur von dem Service. Dies ist im Zeitalter von Onlinebestellungen und Lieferungen über Nacht, nicht mehr zeitgemäß und ein ganz schlechter Service. Dies weckt nur Unverständnis und Kopfschütteln in der Belegschaft.

Als letztes darf natürlich im Konvolut der „Fürsorgeverbesserungen“ unsere stets geforderte zu erhöhende und wieder ruhegehaltstfähige Polizeizulage nicht fehlen. Nicht nur für Aktive, sondern auch für unsere Kolleginnen und Kollegen, die im Ruhestand oder in Rente sind, da sie über Jahre in unserer Polizei einen tollen Dienst geleistet haben. Andere Bundesländer machen es vor, was Fürsorge und Wertschätzung bedeuten.

Viele Projekte sind gestartet, die zuletzt aufgezählten sind nur Beispiele die ebenfalls bearbeitet, beleuchtet und von einem fürsorglichen Arbeitgeber dringend angepasst und verändert gehören. Nicht nur politisch sachorientiert darf geprüft werden, nein auch wir als Beschäftigte haben ein Anrecht auf eine gerechte und fürsorgliche Behandlung.

Auch hierfür werden wir uns einsetzen und im Blick auf bald anstehende Landtagswahlen dies für Euch deutlich thematisieren, denn im Wandel der Zeit darf der Mensch nicht auf der Strecke bleiben.

Liebe Grüße
Karsten Bech



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach,
Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg,
PASt Langenselbold, PASt Bad Hersfeld,
PASt Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrherr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeiffer
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langenselbold
GdP BZG Osthessen
V.i.S.d.P. Karsten Bech
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

AUTHENTISCH – EHRlich – SCHLAGKRÄFTIG

LANDESDELEGIERTENTAG 2022 IN MARBURG

Alle vier Jahre findet der Landesdelegiertentag der GdP statt. Aus allen Bereichen der hessischen Polizei wurden Mitglieder unserer GdP zum Delegiertentag entsandt, um richtungsweisende Beschlüsse zu fassen und einen neuen geschäftsführenden Vorstand zu wählen.

Marburg hatte sich in den vergangenen Jahren bewährt und die räumlichen Gegebenheiten und die Übernachtungsmöglichkeiten konnten Corona-konform organisiert werden. Ein Schnelltest war für das Betreten des Kongresszentrums Voraussetzung.

Jens Mohrherr begrüßte am 05.04.2022 alle angereisten Delegierten im Kongresszentrum in Marburg und eröffnete den ordentlichen Delegiertentag der GdP Hessen. Im Anschluss sprach Friedrich Bohl als Hausherr einige Begrüßungsworte, bevor uns der OB der Stadt Marburg (Dr. Thomas Spies) herzlich willkommen heißen konnte.

An den relativ kurzen offiziellen Teil wurde die Beschlussfähigkeit des Delegiertentages festgestellt. Die rund 180 ordentlichen Delegierten mussten sich mit einer digitalen Neuerung auseinandersetzen. Denn die Feststellung der Beschlussfähigkeit, sowie die kommenden Abstimmungen fanden online über das eigene (oder zur Verfügung gestellte) Smartphone oder Tablet statt. Hierfür musste eine Applikation (App) installiert werden. Jeder Delegierte bekam Zugangsdaten,

um sich anonym anzumelden und schon begann der Probelauf. 179 stimmberechtigte Delegierten waren im System erfasst und berechtigt abzustimmen. Ohne Probleme fand eine Probeabstimmung statt. Ein weiterer Vorteil dieser App ist und war, dass sämtliche Dokumente, die man vorher bereits im Ordner per Post zugeschickt bekam, digital vorliegen hatte. Ein „wildes“ Blättern entfiel und man konnte der Sitzung auf dem Bildschirm folgen.

Zu Beginn moderierte Lars Elsebach durch die Tagesordnung, bis die Verhandlungsleitung gewählt war und die Abarbeitung der Tagesordnung übernehmen konnte. Diese war wieder mit vielen, auch umfassenden Tagesordnungspunkten bestückt, sodass dem ein oder anderen Delegierten bereits nach einigen Stunden der Kopf rauchte und die ersehnten Pausen etwas ausgedehnt wurden.

Durch das Zusammenfassen in Konsenslisten wurden Anträge en Block beschlossen. Einige Anträge wurden von der Konsensliste genommen und mussten einzeln beraten und beschlossen werden. Wie es sich als gute Demokraten gehört, kam es zu lebhaften Diskussionen und aufgeheizten Gemütern, aber es wurde nie persönlich. Wir stritten um die Sache und nach der Abstimmung war „alles“ wieder in Ordnung. Einige Abstimmungen fanden überraschenderweise noch per Stimmkarte statt. Sollte sich hierbei eine knappe Entscheidung abzeichnen, so ging man postwendend zur digitalen Abstimmung

über und man hatte binnen einer Minute ein verlässliches Ergebnis – kein Stimmzählen oder gar Stimmzettel einsammeln.



Lars-Georg-Elsebach und Jens Mohrherr bedanken sich bei Thorsten Pfeiffer für seine Arbeit als Bezirksgruppenvorsitzender

Nach den allgemeinen Anträgen, die teilweise sogar gewerkschaftspolitisch richtungsweisend waren, standen Satzungsänderungen auf der Tagesordnung. Zu heftigen Diskussionen führte die Erweiterung des geschäftsführenden Landesvorstands um ein weiteres Mitglied in Form eines Seniorenvertreters. Erst durch die klare Unterstützung der GdP-Jugend für diesen Antrag verlor die Diskussion an Schärfe und eine zweidrittel Mehrheit war abzusehen. Auch die weiteren dadurch notwendigen Satzungsänderungen fanden die erforderliche Mehrheit, sodass ab diesem Jahr auch die Senioren einen festen Platz im geschäftsführenden Landesvorstand haben.

Neben den Wahlen eines neuen geschäftsführenden Landesvorstandes standen weitere Wahlen an. So wurden auch die Arbeitnehmervertreter/innen im Landesvorstand, die Kassenprüfer, die Mitglieder des Landesbezirkskontrollausschusses, des Landesschiedsgerichts und zuletzt die Delegierten für den GdP-Bundeskongress in Berlin im September 2022 gewählt. Diese Wahlen fanden mit Hilfe des neuen digitalen Abstimmungssystems statt. So war eine schnelle und geheime Wahl möglich und das Ergebnis konnte



Die Delegierten aus Südosthessen



Holger Mauer wird für seine Tätigkeit im Landeskontrollausschuss geehrt

allen Delegierten schnell präsentiert werden.

Mit überwältigender Mehrheit wurde Jens Mohrherr als Vorsitzender gewählt. Ihm zur Seite stehen Markus Hüschenbett, Bernd Braun, Karsten Bech, Heinz Schiskowsky, Daniel Klimpke, Lars-German Elsbach, Sylvia Schwegel-Otto, Stefan Rüppel, Christian Richter, Jochen Zeng und Nina Bachelier.

Nach den Wahlen war dann auch schon der erste offizielle Teil vorbei. Nun ging es auf die Zimmer um sich kurz frisch zu machen, um anschließend mit seiner Bezirksgruppe in eine Lokalität in Marburg zu „pilgern“. Die Bezirksgruppen verteilten sich über die gesamte Innenstadt und meist waren zwei und manchmal auch drei Bezirksgruppen in einer Knei-

pe. Nach dem Essen wurden „Netzwerke“ aufgefrischt und ausgebaut. Bezirksgruppenübergreifend wurde sich bis spät am Abend ausgetauscht.

Nach dem Corona-Test und einem Frühstück ging es am zweiten Tag früh morgens mit den Tagesordnungspunkten weiter. Es standen noch einige Anträge auf der Liste, die noch diskutiert und beschlossen werden mussten. Hart aber fair fand der Meinungsaustausch statt, so wie es sich für Gewerkschaftler gehört; letztendlich fanden alle Beschlüsse ihre Zustimmung und wir konnten zum öffentlichen Teil übergehen.

Jens Mohrherr und Lars Elsbach gingen in der Diskussionsrunde mit den politischen Vertretern der Landtagsfraktionen. Leider musste der Vertreter von Bündnis90/Die Grünen kurzfristig (krankheitsbedingt) absagen. Die anwesenden Vertreter wurden mit Themen und Forderungen der hessischen GdP konfrontiert, was für den ein oder anderen durchaus unangenehm war. Grundsätzlich wich keiner der Politiker von ihren Grundhaltungen der Partei ab. So lehnte Alexander Bauer von der CDU die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage grundsätzlich ab und die Einführung schien nicht einmal diskutabel zu sein. Leider konnte durch das Fehlen von Jürgen Frömmrich, der Koalitionspartner in der Regierung, nicht dazu Stellung beziehen. Von den Vertretern der Opposition kamen durchaus positive Signale, dass es bei einer Machtverschiebung durchaus denkbar wäre, die Ruhegehaltsfähigkeit wieder einzuführen.

Ein großes Thema in dieser Diskussionsrunde war auch die verfassungswidrige Beamtenbesoldung in Hessen. Nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgeschichtshofes in Kassel Ende November

2021 weigert sich die Landesregierung den verfassungswidrigen Zustand bei der Beamtenbesoldung zu beseitigen. Die Landesregierung lehnt sich zurück und will erst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten, welches noch zwei bis drei Jahre auf sich warten lassen kann. Seitens der GdP-Forderung muss ein „Besoldungsreparaturgesetz“ her, um die Beamtinnen und Beamten in den unteren Besoldungsgruppen vor nachhaltigen finanziellen Schwierigkeiten zu schützen; hier liegt die Beamtenbesoldung neun Prozent und mehr unter der Grundsicherung.



Karsten Bech und Markus Hüschenbett

Nach einer kurzweiligen Podiumsdiskussion ging es mit allen Bezirksgruppen zum Abendessen mit einer kleinen kabarettistischen Einlage. Während und nach dem Essen tauschten sich die Delegierten in lockerer Atmosphäre aus, sodass es ein schöner und kurzweiliger Abend wurde.

Am Morgen des letzten Tages gab es noch einige Beschlüsse zu fassen, was ohne größere Diskussionen vorstattenging.

Zum Ende des Landesdelegiertentages bedankte sich Jens Mohrherr für die disziplinierte Zusammenarbeit und blickte auf einen erfolgreichen Delegiertentag mit guten Beschlüssen zurück.

Marburg hat wieder einmal gezeigt, dass die hessische GdP eine starke Gemeinschaft ist. Jeder ist willkommen, sofern er sich mit den Zielen der GdP identifiziert und diese auch nach außen vertritt. Egal welcher Herkunft, egal welchen Glaubens, egal welches Alter und egal welche persönliche Orientierung wir haben, wir sind

„AUTHENTISCH – EHRlich–SCHLAGKRÄFTIG“



Bundesseniorenvorsitzender Ewald Gerke (links) mit Karsten Bech

BZG OH

IMPRESSIONEN VOM LDT IN MARBURG



AUTHENTISCH - EHRlich - SCHLAGKRÄFTIG
27. Ordentlicher Landesdelegiertentag 2022, 5.-7. April



„ANGRIFFSENTSCHÄDIGUNG“

§ 40 ABS. 7 HBEAMTVG:

Eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der in Ausübung des Dienstes durch einen rechtswidrigen Angriff oder außerhalb des Dienstes durch einen Angriff im Sinne des § 36 Abs. 4 einen Dienstunfall erleidet, erhält eine einmalige Angriffsentschädigung in Höhe von 2.000 Euro. Ist eine Beamtin oder ein Beamter an den Folgen eines Dienstunfalls der in Satz 1 bezeichneten Art verstorben, wird die Entschädigungsleistung jeweils insgesamt

1. der Witwe, dem Witwer sowie den versorgungsberechtigten Kindern,
2. den Eltern sowie den nicht versorgungsberechtigten Kindern, soweit Anspruchsberechtigte im Sinne der Nr. 1 nicht vorhanden sind, oder
3. den Großeltern und Enkeln, soweit Anspruchsberechtigte im Sinne der Nr. 1 und 2 nicht vorhanden sind, gewährt.

Satz 1 und 2 finden auf andere Angehörige des öffentlichen Dienstes entsprechende Anwendung.

Seit dem 24. November 2021 steht es im Gesetz und keiner kann so richtig Auskunft geben. Darf man den Verlautbarungen Glauben schenken, werden gerade landesweite Handlungsempfehlungen/Ausführungsbestimmungen erarbeitet.

So viel kann aber gesagt werden:

Die Zuständigkeit liegt beim RP Kassel und dort bei der Zentralen Dienstunfallfürsorgestelle. Also die Stelle, die alle Dienstunfälle des Landes Hessen bearbeitet. Da es jedoch noch keine Handlungsempfehlungen bzw. Ausführungs-

bestimmungen gibt, erfolgt noch keine Bearbeitung der Sachverhalte. Sobald diese vorliegen, wird zu gegebener Zeit über die Angriffsentschädigung jeder einzelnen Dienstunfallanzeige entschieden.

Voraussetzungen für eine Angriffsentschädigung sind das Vorliegen

1. eines anerkannten Dienstunfalls,
2. eines rechtswidrigen Angriffs (auf die Vorgangsnummer sollte auf jeden Fall in der Dienstunfallanzeige hingewiesen werden),
3. eines abgeschlossenen Strafverfahrens,
4. einer Verletzung mit Krankheitswert, welche auf Grund einer
5. ärztlichen Diagnose (Arztbericht, Befund, Attest, etc.) bescheinigt wird.

Alle o.a. Punkte sind mit einem „und“ verbunden und müssen erfüllt sein.

Seit dem 01.12.2021 werden beim RP Kassel alle registrierten Dienstunfallanzeigen von Amts wegen geprüft, ob ein Anspruch auf eine „Angriffsentschädigung“ besteht. Es soll keinem Beamten und keiner Beamtin diesbezüglich ein Nachteil entstehen, wenn seit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs ein derartiger Angriff stattgefunden hat.

Sobald es in der Dienstunfallmeldung Anzeichen auf einen rechtswidrigen Angriff im Rahmen eines Dienstunfalls gibt, erfolgt eine automatische Listung. Die Überprüfung auf die „Angriffsentschädigung“ wird zum gegebenen Zeitpunkt durchgeführt. Die Dienstunfallanzeige sollte grundsätzlich eine ausführliche Beschreibung des Vorfalles beinhalten. Daraus sollte auch das Vorliegen eines rechtswidrigen Angriffs zu entnehmen

sein (u.a. Verweis auf die Vorgangsnummer der Strafanzeige/Kopie der Strafanzeige). Wenn dies der Fall sein sollte, wird das RP Kassel, Zentrale Dienstunfallstelle, sehr wahrscheinlich Kontakt aufnehmen und ggf. fehlende Informationen nachfordern.

Des Weiteren ist eine Mitteilung der Staatsanwaltschaft über den Ausgang des Strafverfahrens oder die Entscheidung eines Gerichtes notwendig. Dieses muss ebenfalls an die Zentrale Dienstunfallstelle beim RP Kassel gesandt werden, um eine Prüfung und evtl. Auszahlung auszulösen.

Wie ihr seht, kann es zu einem längeren „Verfahren“ kommen. Aus diesem Grund sollte jede(r) Kollegin und Kollege darauf achten, dass alle Unterlagen beim RP eingereicht wurden bzw. vorliegen. Eine Kontrolle und Protokollierung durch das örtliche Präsidium findet nicht statt, da die originäre Zuständigkeit bei der Zentralen Dienstunfallstelle und somit beim RP Kassel liegt.

Die Dienstunfallanzeige sollte zeitnah gestellt werden, damit diese nicht in Vergessenheit gerät und keine Ansprüche verfallen oder verjähren. Ein Antrag auf „Angriffsentschädigung“ ist nicht erforderlich. Anhand der eingereichten Unterlagen wird jeder Dienstunfall geprüft. Eine Entscheidung kann jedoch erst fallen, wenn alle Unterlagen vorliegen (s.o. – z.B. Abschluss Strafverfahren)

Bei Fragen von Betroffenen steht die Zentrale Dienstunfallstelle gerne zur Verfügung. Sachstandsfragen wären erst dann sinnvoll, wenn alle Unterlagen vollständig vorlägen. ■

BZG OH

POLIZEIDIENSTZULAGE

„RUHEGEHALTSFÄHIGE POLIZEIDIENSTZULAGE“ – JA ODER NEIN – HESSEN VORN?

Die Ampel-Koalition im Bund macht es vor. Die aktuelle Bundesregierung beschloss die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für mehr als 56.000 Bedienstete

des Bundes inklusive der Versorgungsempfänger.

Ende der 1990iger Jahre strich der Bund die Ruhegehaltsfähigkeit der Poli-

zeizulage und ein Großteil der Bundesländer folgten dieser „Einsparungsmaßnahme“. „Hessen – vorn“ machte natürlich mit und ging keinen eigenen Weg wie

zum Beispiel Bayern. Dort ist und war die Polizeidienstzulage schon immer ruhegehaltstauglich. Darf man den Aussagen der bisherigen Innenminister Glauben schenken, so verschwendete dort noch niemand des Innenresorts einen Gedanken bezüglich der Streichung.

Die Polizeidienstzulage war auch Thema bei der Podiumsdiskussion des diesjährigen Landesdelegiertentages in Marburg. Erschreckend war, dass die Regierungskoalition es offensichtlich nicht für notwendig erachtet, die Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeidienstzulage wieder einzuführen. Leider konnte nur der Vertreter der CDU (Alexander Bauer) Stellung beziehen, da Jürgen Frömmrich wegen einer kurzfristigen Erkrankung absagen musste. Allerdings klang die Aussage von Herrn Bauer ziemlich „festzementiert“.

Anders klangen die Äußerungen der Oppositionsparteien (SPD, FDP und Die

Linke). Aus den getroffenen Aussagen der Oppositionspolitiker könnte man Mut und Zuversicht schöpfen. Fraglich ist jedoch, was würde bei einem eventuellen Regierungswechsel in Hessen kommen bzw. möglich sein?

Bei dem Regierungswechsel im Bund wurde die Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeidienstzulage bei den Bediensteten des Bundes bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben und jetzt umgesetzt.

Die GdP hat mit dem letzten Rundschreiben klar Position bezogen und die Landesregierung aufgefordert dem Bund zu folgen. Die Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage ist seit der Abschaffung ein Dauerthema der GdP und dies wird sie auch bis zur Wiedereinführung bleiben.

Zitat:

Bundesinnenministerin Nancy Faeser in ihrer Erklärung: *„Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte stehen Tag und Nacht*

an vorderster Front für unseren Rechtsstaat ein. Sie sorgen dafür, dass wir ein sehr sicheres Land sind – und sie verteidigen unsere Demokratie. Immer häufiger müssen sie Übergriffe und Gewalt erleben. Nicht selten riskieren Polizistinnen und Polizisten ihre Gesundheit und auch ihr Leben für die Sicherheit von uns allen. Es ist mir sehr wichtig, dass die Beamtinnen und Beamten mehr Rückhalt, Respekt und Wertschätzung erhalten. Diese Wertschätzung muss auch finanziell spürbar sein. Mit unserem Gesetzentwurf lösen wir ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein. Unser Vorschlag schließt auch diejenigen Polizistinnen und Polizisten ein, die seit der Abschaffung der Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage in den Ruhestand versetzt worden sind.“ ■

BZG OH

LANDESTICKET

MIT DEM LANDESTICKET DURCH DIE REPUBLIK – FULDA NACH SYLT IN 10:30 STD. UND 6 MAL UMSTEIGEN –



Im Rahmen der Umsetzung zum „9-Euro-Ticket“ können alle hessischen Landesbediensteten, die im Besitz des Landestickets Hessen sind deutschlandweit den ÖPNV nutzen. Dies gilt für den Aktionszeitraum vom 01.06.2022 bis 31.08.2022.

Zu beachten ist jedoch, dass die Mitnahmeregelung weiterhin nur im Gültigkeitsbereich des Landestickets Hessen an-

gewendet werden darf. Ausnahmen hierzu gibt es nicht. Das heißt, dass Begleitpersonen außerhalb von Hessen entweder das „9-Euro-Ticket“ nutzen können, oder sich ein reguläres Ticket kaufen müssen. Des Weiteren darf im Aktionszeitraum mit dem Landesticket Hessen und dem „9-Euro-Ticket“ nur der (örtliche) Personennahverkehr (ÖPNV) unentgeltlich genutzt werden und dies auch nur in der 2. Klasse. Zum ÖPNV gehören Linienbusse, Regio-

nalbahnen, U- und S-Bahnen sowie einige Sonderbahnen. Außerdem dürfen die Regionalbahnen und Regio-Express-Züge der DB genutzt werden. Ausgeschlossen sind und bleiben ICE-, EC- und IC-Züge sowie die Privatanbieter (z.B. die Firma Flex) für den Fernverkehr.

Hier einige Reisebeispiele aus dem Kursbuch der Deutschen Bahn:

Fulda – Sylt	Fahrtzeit von 10:33 Std. und 6 mal umsteigen
Fulda – Berchtesgaden	Fahrtzeit von 09:43 Std. und 6 mal umsteigen
Fulda – Dresden	Fahrtzeit von 06:21 Std. und 3 mal umsteigen
Fulda – Köln	Fahrtzeit von 05:21 Std. und 2 mal umsteigen
Fulda – Berlin	Fahrtzeit von 07:07 Std. und 4 mal umsteigen
Fulda – Neuschwanstein	Fahrtzeit von 14:08 Std. und 6 mal umsteigen
Fulda – Helgoland	Fahrtzeit von 18:40 Std. und 7 mal umsteigen (evtl. entstehen Fahrkosten, bitte vorher erfragen)

HILFSTRANSPORT FÜR DIE UKRAINE

GDP IN KOOPERATION MIT DEM MALTESER HILFSDIENST



Als Wladimir Putin den Befehl zum Angriff auf die Ukraine gab, war uns eigentlich allen klar, dass dieser Krieg Auswirkungen auf ganz Europa haben wird.

Nicht nur die wirtschaftlichen Folgen spürten wir in kürzester Zeit, sondern auch das Leid und das Elend, welches über die ukrainische Bevölkerung hereinbrach schockierte uns. Bilder aus dem polnisch-ukrainischen Grenzgebiet zeigten uns verzweifelte, besorgte und verängstigte Menschen, die nur mit einem Rucksack und einem Koffer vor dem Krieg flüchteten. Überwiegend Frauen und Kinder,

sowie ältere Menschen, die ihre Heimat verlassen haben um sich in Sicherheit zu bringen, während ihre Ehemänner, Väter und Söhne versuchen, ihre Heimat zu verteidigen.

Kurz nach Kriegsbeginn riefen die Malteser in Kassel zu einer Spendensammlung auf, um den Flüchtlingen zu helfen. Die GdP-Nordhessen folgte diesem Aufruf und schloss sich den Maltesern an. Daraus wurde eine sehr gute Kooperation, sodass die GdP mit sechs Sprintern und einem 40-t-LKW, die Hilfsgüter nach Ostpolen an die ukrainische Grenze brachten. Team 1 der GdP fuhr im „Blindflug“ 1.200 km

Richtung Osten, denn sie wussten nicht, wohin und was sie dort erwartete. Noch während der Fahrt wurden telefonische Kontakte geknüpft und WhatsApp-Gruppen eingerichtet. Die gute Seele in Kassel ist eine Bedienstete im Rathaus, die die Kontakte nach Chelm in Ostpolen knüpfte und in perfektem Polnisch vorbereitete. Team 1 wurde herzlich empfangen, privat versorgt und untergebracht und die Hilfsgüter gingen in ein ehemaliges Autohaus, welches als Kinderheim umfunktioniert wurde. Dort waren 370 Kinder und Jugendliche untergebracht. Die Kollegen der GdP waren die Ersten von außerhalb, die einen Hilfstransport nach Chelm brachten. Inzwischen sind weitere Organisationen in dem Gebiet unterwegs und unterstützen die ehrenamtlichen Helfer mit Hilfslieferungen.

Die gute Seele in Chelm heißt Anna. Sie hat Germanistik studiert und spricht sehr gut deutsch. Sie ist für die GdP-Teams immer telefonisch erreichbar und wenn nicht, dann stand ihr Mann Sebastian zur Verfügung, um zu helfen. Sprachbarrieren gab es diesbezüglich keine. Deutsch, Englisch und „Hände und Füße“ machten eine Verständigung möglich. Der „Google-Translator“ hatte schnell ausgedient, da man sich sofort verstand und viel Spaß miteinander hatte.

Die GdP-Nordhessen hatte so viele Hilfsgüter, dass schließlich landesweit





Die Situation am Grenzübergang Polen – Ukraine

nach Fahrer gesucht wurde, die einen Hilfstransport nach Chelm fahren würden.

Kaum hatte ich die Suchmeldung gelesen, fragte ich meinen Büronachbarn, Udo Klar, ob er mitfahren würde. Ohne lang zu überlegen stiegen wir in die Planung ein. Es war immerhin schon Mittwoch und wir sollten in einer Woche starten. Da Mittwoch PR-Sitzungstag ist, war der Plan am Donnerstag hin- und am Samstag zurück zu fahren. Der Termin stand fest und somit ging es nun darum, den Hilfstransport zu finanzieren. Überschlagen kostet so ein Transport fast 1.000,- € mit Fahrzeugmiete, Spritkosten und Übernachtung. Wer könnte uns wie unterstützen? Also wurde fleißig telefoniert. Kreisgruppe, Bezirksgruppe, ...mühsam ernährt sich das Eichhörnchen. Ich entschloss mich, meinen zuständigen DGB-Geschäftsführer anzurufen, denn mit ihm hatte ich schon den Stand beim Hessentag in Bad Hers-

feld erfolgreich organisiert. Wir kamen ins Gespräch und da meinte er: „Du Martin, ich habe einen VW Crafter mit Hochdach, den kannst du haben für die Fahrt. Außerdem gebe ich privat auch was dazu.“ – Erstaunen und Freude meinerseits machte mich im ersten Moment sprachlos, aber dann nahm ich das Angebot dankend an. Schließlich startete er noch einen Aufruf bei den DGB-Gewerkschaften und bat um Unterstützung. Eine spontane Sammlung von Verdi bei einem Amazon-Warnstreik brachte eine tolle Summe zusammen, sodass wir ein weites Stück in Richtung Osten fahren konnten. Da ich mich wegen dem Hilfstransport von der Kirchenvorstandssitzung abmelden musste, bekam ich als „Danke“ auch noch eine Spende der Kirchengemeinde und des Pfarrers. Auch weitere Privatpersonen spendeten für den Hilfstransport, sodass wir gut hin und wieder zurückkommen konnten. Vielen Herzlichen Dank an alle unterstützenden DGB-Gewerkschaften, Privatpersonen, meiner Kirchengemeinde, den Kreisgruppen und der BZG-Osthessen für die Unterstützung. Durch die Spritpreise, die zwar in Polen niedriger sind als in Deutschland, aber auch dort angezogen haben, benötigten wir das Geld. Wir können nur sagen, dass es gut „angelegt“ war und ist, denn wenn man in die Augen der geflüchteten Menschen schaut und die Dankbarkeit vor Ort erfahren darf – es ist beeindruckend.

Nachdem soweit alles organisiert war, unsere Familien mit unserem Vorhaben einverstanden waren fuhren wir unmittelbar nach der PR-Sitzung los. Es ging nach Kassel um den Crafter mit Hilfsgütern zu beladen. Das Abenteuer begann...beim Starten leuchteten die Motor- und auch die Bremskontrollleuchte auf. Rücksprache ergab, dass alles in Ordnung sei, das Fahrzeug frisch aus der Werkstatt käme.

Erst wenn die Motorkontrollleuchte ihre Farbe auf „rot“ wechseln würde, müssten wir uns Gedanken machen. Somit waren die beiden Leuchten unser ständiger Begleiter auf den 2.500 km Fahrt.

In Kassel wurden wir herzlich empfangen und viele Helfer standen bereit, um unsere Ladefläche zu füllen. Es begann mit Kindernahrung und Tierfutter, in die Mitte kamen Medikamente, Venülen, sowie medizinisches Equipment und ganz hinten Kleidung, Decken, Schlafsäcke, sowie unsere privaten Sachen. Nach dem Segen des Pfarrers und dem Singen der Europahymne machten wir uns in Richtung Osten auf. Da wir erst nachmittags losfuhren, suchten wir uns nach der Hälfte der Strecke eine Unterkunft zum Übernachten. Wir nahmen Kontakt zu Anna auf. Sie musste den kommenden Tag bis 17:00 Uhr arbeiten, sodass sie uns lediglich telefonisch „begleiten“ könnte, oder wir wären erst gegen 17:00 Uhr vor Ort. Da wir noch über 600 km zu fahren hatten, fassten wir die zweite Variante ins Auge und verabredeten uns für später. Mit Pausen und Tanken kamen wir schließlich gegen 18:30 Uhr in Chelm an. Die Adresse für den Treffpunkt...alles andere als eine Sporthalle. Schließlich sendeten wir unseren Standort und Anna und ihr Mann sammelten uns auf und führten uns zur neuen Unterkunft in der Sporthalle.

Nach dem Ausladen des größten Teils der Hilfsgüter an der umfunktionierten Sporthalle, machte ich mich kurz auf den Weg in die Halle. Da ich die GdP-Jacke anhatte, wurde ich auf dem Weg zur Toilette von einer Frau angesprochen – mit einem einfachen „DANKE“.



Gemeinschaftsunterkunft in der Sporthalle in Chelm

Es ist kaum vorstellbar – mit einem Rucksack auf dem Rücken, einem Rollkoffer in der Hand und zwei minderjährigen Kindern stand diese Frau an der Anmeldung der großen Sporthalle. In einem kurzen Gespräch erzählte sie mir in



Udo Klar (li.) und Martin Mohr



Materiallager in Chelm



Notunterkunft für Familien in einem ehemaligen Autohaus

gebrochenem Deutsch, dass es alles sei, was sie mitnehmen konnte. Das meiste was sie eingepackte hatte, ist wohl für die Kinder. Sie ist froh, eine warme Schlafstätte, etwas zu Essen und Sanitäranlagen zu haben; soweit dies in einer Turnhalle möglich ist. Sie möchte im Grenzgebiet bleiben, damit sie schnell wieder in ihre Heimat und ihr Haus, sofern es dann noch existiert, zurückkehren kann. Die Ungewissheit in den Augen, die Angst, die Sorgen um ihren Ehemann, aber auch die Dankbarkeit machen einen nachdenklich. Nicht einmal 5 Minuten

habe ich mit dieser Frau gesprochen; ich kenne weder ihren Namen noch woher sie kam, aber es kommt mir vor, als sei sie eine gute Freundin gewesen, der ich geholfen habe. – Diese Menschen haben echte Sorgen, wie gut geht es uns und über was für Kleinigkeiten regen wir uns auf. Man wird sich bewusst, was es heißt zu flüchten, was es heißt zurückzulassen, was ein Krieg mit den Menschen anstellt. Wahnsinn... kaum zu begreifen. Ich muss weiter, denn wir haben noch eine Abladestelle.

Zurück am Fahrzeug wartet Udo mit Anna und ihrem Ehemann Sebastian. Anna ist schon wieder fleißig am Telefonieren. Wir sitzen auf und folgen den beiden über eine mit tiefen Schlaglöchern übersäte Straße. Schließlich erreichen wir unser Ziel. In einer Hinterhofgarage laden wir die Medikamente und Venülen ab und erfahren nebenbei, dass all das was in der Garage gelagert wird, heute Nacht noch nach Odessa gebracht wird und von dort direkt an die Front. Als die Frau die medizinischen Sachen sieht, die wir mitgebracht haben, kommen ihr die Tränen und sie bedankt sich überschwänglich auf Englisch. Nach dem Ausladen der Medikamente haben wir eigentlich nur noch Tierfutter im vorderen Bereich des Crafters. Als die Frau dieses sieht, spricht sie mit Anna und schließlich laden wir diese auch zu den Medikamenten. Die Tiernahrung dient als „Tauschware“ für Lebensmittel, medizinische Versorgung und Hilfe im Bereich der Front. Odessa liegt nur 130 km von der schwer umkämpften Stadt Mykolajiw am Schwarzen Meer entfernt. Als wir wegfahren, winken sie uns dankend nach.

Die Zeit, welche uns blieb, nutzen wir noch um unsere Eindrücke zu verarbeiten und uns zu hinterfragen, was wäre wenn...

Auffällig für uns war nur eins – und daraus haben wir gleich einen Witz gemacht:

„Woran erkennt man einen Deutschen in Polen? – Er trägt eine FFP2-Maske!!!“

Egal wohin wir kamen, schauten sie uns mit unseren Masken an wie Aussätzige. FFP2-Masken wurden fast gar keine getragen, medizinische Masken kaum und einfache Stoffmasken noch weniger. Corona lässt grüßen!

Es machte uns schon betroffen und auf Nachfrage scheint es für die Leute an der polnisch-ukrainischen Grenze Wichtiges zu geben als Corona und die damit verbundenen Schutzmaßnahmen.

Hoffentlich kommt es durch das Nichttragen von Masken nicht zu einer weiteren Tragödie, vor allem, wenn die Flüchtlinge in aller Herren Länder verteilt werden...

Die Fahrt war lang und anstrengend, aber es war eine Lebenserfahrung, die wir nicht missen wollen. Jeweils 1.200 km hin und wieder zurück, 2.500 km quer durch Europa. Es zeigt uns, wie nah der Krieg doch ist. In zwölf Stunden Fahrt ist man im Kriegsgebiet.

Eine weite Strecke, die es heißt, für Frieden, Freiheit und Demokratie in Zentraleuropa, zu verteidigen. ■

BZG OH



Jeglicher Platz der Kirche wird genutzt



EINLADUNGEN ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

KREISGRUPPE MAIN-KINZIG

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Donnerstag, 7. Juli 2022, 09:30 Uhr
Gaststätte Zum Hirsch,
Hauptstraße 1,
63571 Gelnhausen OT Höchst

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
am Donnerstag, dem 7. Juli 2022 findet um 09:30 Uhr in der Gaststätte Zum Hirsch (Halle) in Gelnhausen OT Höchst die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Main-Kinzig statt. Hierzu sind alle Mitglieder herzlich eingeladen. Es gilt die 3G-Regel.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Totenehrung
2. Bericht des Vorsitzenden

3. Berichte des Kassierers und der Kassenprüfer
4. Aussprache zu vorgenannten Punkten
5. Entlastung des Vorstandes
6. Grußworte der Ehrengäste
7. Ehrungen
8. Verschiedenes

Anträge zur Tagesordnung können bis zum Versammlungsbeginn gestellt werden. Im Anschluss der Sitzung werden wir gemeinsam essen.

Wir freuen uns auf Euch! ■

Mit kollegialen Grüßen
Markus Hüschenbett / Vorsitzender

KREISGRUPPE OFFENBACH

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Offenbach findet am 24.06.2022 um 10:00 Uhr in Rödermark/Urberach,

Halle Urberach (Restaurant Zagreb)
Am Schellbusch 1
63322 Rödermark
statt.

Hierzu sind alle Mitglieder der KG OF herzlich eingeladen.

Parkmöglichkeiten in der Straße Am Festplatz (Freiwillige Feuerwehr) max. 100 Meter fußläufig vom Veranstaltungsort entfernt.

VERABSCHIEDUNG

EPHK BERNHARD HUDER IM RUHESTAND

Am 31.03.2022 wurde EPHK Bernhard Huder nach mehr als 43 Jahren im Dienst der hessischen Polizei in den Ruhestand verabschiedet.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde ließ Polizeipräsident Eberhard Möller noch einmal den dienstlichen Werdegang von Bernhard Huder Revue passieren.

Hierbei wurden auch einige Bilder aus den vergangenen 43 Jahren präsentiert, was zum Erstaunen und Erheitern der Anwesenden beitrug.

Anschließend überreichte ihm Polizeipräsident Eberhard Möller seine Ruhestandsurskunde.

An diesem Abend wurden noch einige Geschichten und Anekdoten der letzten Jahrzehnte ausgetauscht und viel gelacht.

Lieber Bernhard, wir danken dir für deinen Einsatz, insbesondere im Personalrat und wünschen dir alles Gute und allzeit gute Fahrt mit deinem Wohnmobil.

Dein Personalrat



VERABSCHIEDUNG

ANDREAS STÜß – EIN ORIGINAL GING IN DEN RUHESTAND

Am 22.4.2022 ging KHK Andreas Stüß von der DEG Schlüchtern nach 41 Dienstjahren in den wohlverdienten Ruhestand.

Polizeipräsident Eberhard Möller überreichte ihm im ehrwürdigen Vereinsheim des TV Neuhoef, dessen langjähriger Vorsitzender der Neupensionär ist, seine Ruhestandsurkunde. In der anschließenden Rede ging er auf die dienstliche Vita ein, und gab die ein oder andere Anekdote zum Besten. Er schloss mit den Worten: „Es gibt keine Worte, die die Ekstase des Augenblicks beschreiben könnten.“

Aber auch Polizeipräsident Eberhard Möller hatte einige Schankerl aus der Personalakte des Neupensionärs zu bieten. Nach seiner Ausbildung in Kassel verschlug es ihn nach in die 16. Hundertschaft in Hanau, nach Frankfurt und zum KDD Hanau, später in die DEG Schlüchtern. Außerdem war er im Auslandseinsatz in Bosnien-Herzegowina.

Kreis- und Bezirksgruppenvorsitzender Markus Hüschenbett ging im Anschluss auf die gewerkschaftliche Tätigkeit von Stüß ein. Seit den frühen 90ern war er Mitglied der GdP, zunächst in den ehemaligen Kreisgruppen Hanau und Schlüchtern, und wurde dann 2003 bei der Zusammenlegung der Kreisgruppen Schlüchtern, Gelnhausen und Hanau zum Schriftführer gewählt, ein Amt, das er bis heute innehat. Außerdem war er Schrift-

führer der Bezirksgruppe Südosthessen sowie Nachrücker im Personalrat.

Danach trug Weggefährte und Freund Frank Laudahn eine Ode an die Freundschaft vor. Abgerundet wurde der Redeteil von den Führungsduo der PSt. Schlüchtern Marcus Adam und Stefan Enders, die der Uniformsammlung des Neupensionärs einen Teil hinzufügen konnten.

Neben seiner Tätigkeit als Schriftgelehrter und Chronist der Kreis- und Bezirksgruppe hat er sich immer sehr für die Erhaltung von Traditionen eingesetzt, sei es bei der Ausgestaltung der traditionellen Jahreshauptversammlungen, beim Erhalt der deutschen Sprache durch Vermeidung von „Denglisch“ (Zitat: „Mörtschandeis, was soll das sein?!“) als auch durch die Erfindung des zensurfreien Protokolls sowie bei der Pflege von historischen alpinen Fortbewegungsmitteln (Dachlatten).

Mit Stüßi geht ein echtes Original in den Ruhestand. Wir wünschen dem Jung-Versorgungsempfänger alles Gute und viel Gesundheit! Bleib so, wie du bist! ■

Markus Hüschenbett,
Bezirksgruppe Südosthessen



Polizeipräsident Eberhard Möller überreicht Andreas Stüß seine Ruhestandsurkunde

**Gut,
dass es sie gibt.**



**Gewerkschaft
der Polizei**

www.gdp.de/hessen



Andreas Stüß hatte viele eigens kuratierte Fotos und Uniformteile mitgebracht



v.l.n.r.: Ivo Schmitt, Markus Hüschenbett, Eberhard Möller, Andreas Stüß, Frank Laudahn, Norbert Tumbrägel, Peter Happ

LOST PLACE: DAS ALTE PP FRANKFURT/M.

EIN BLICK ZURÜCK IN EINE VERGANGENE ZEIT!

Ein langes Stück Frankfurter Polizeigeschichte – von 1914 bis ins Jahr 2002 – fand zu großen Teilen in einem Gebäude statt – im alten Polizeipräsidium an der Friedrich-Ebert-Allee. Nun wird der Gebäudekomplex grundlegend umgestaltet.

Als (vermutlich) einer der letzten Besucher durfte ich vor einiger Zeit an einer Führung durch Teile des alten Präsidioms teilnehmen – Stand jetzt. Denn ob es nun wirklich zum Baubeginn kommt – schon oft wurde dieser angekündigt, dann aber doch wieder verschoben!?



Blick auf den „Neubau“

1981 betrat ich zum ersten Mal das schon damals alt-ehrwürdige Gebäude. Durch einen Zufall gelangte ich durch den Zugang von der Friedrich-Ebert-Allee in den damals wie heute beeindruckenden Eingangsbereich. Doppelte Geschosshöhe, Marmorsäulen und Marmortreppen, schmiedeeiserne Geländer und reichlich verzierte Fenster – damals wirklich eine Augenweide! Und damals für einen

jungen Polizei-
meister schon ein
wenig furchtein-
flößend.

Und heute: alles nun ein wenig mehr in die Jahre gekommen und hier und da von einigen unverbesserlichen Zeitgenossen mit Farbe beschmiert, ohne Beleuchtung und nur im Licht einiger Taschenlampen, wirkt der Bereich doch etwas bedrohlich. Aber man kann sich mit etwas Fantasie schon jetzt vorstellen, dass hier ein mehr als sehenswerter Eingangsbereich zu einem modernen, gemischten Büro- und Wohnhochhaus mit Geschäften in den unteren Etagen entstehen kann. So sehen die Pläne der aus mehreren Entwürfen im Rahmen eines Architektenwettbewerbes ausgewählten Planungen vor. 212,5 Millionen Euro soll die Düsseldorf Gerch-Group im Jahre 2018 für das etwa 15.000 Quadratmeter große Areal bezahlt haben – so ist es zumindest in „Wikipedia“ zu lesen. Im März, kurz nach meinem Besuch, stand eine Bestandsaufnahme durch die Denkmalbehörden unmittelbar bevor. Hier sollte festgelegt werden, was in welchem Umfang von den zuständigen Behörden als erhaltens-



Eine schmiedeeiserne Prägung über der Eingangstür weist auf das Polizeipräsidium hin.

wert angesehen wird und bei den Modernisierungsarbeiten unbedingt erhalten bleiben muss. Dazu gehören mit Sicherheit die Fassade in Rich-



Kunst am Bau?!

tung Friedrich-Ebert-Anlage und die Eingangshalle. So viel stand bereits im März fest. Alles andere, insbesondere der „Neubau“, wird wohl nur auf Fotos und in der Erinnerung zahlreicher Kolleg*innen erhalten bleiben. Ein kurzer Blick in die Geschichte:



Der Sitzungssaal behielt sein ehrwürdiges Portal, wurde aber zum Dance-Floor einer Diskothek



LOST PLACE: DAS ALTE PP FRANKFURT/M.



Die ehemalige Einsatzzentrale diente nach 2002 einem „Boxclub“ als Domizil...

1914 wurde das neue Polizeipräsidium bezogen, das alte Präsidium im „Klapperfeld“ war zu eng geworden.

eine Zentrale der Frankfurter Polizei. 1944 wurde das Gebäude bei Luftangriffen nahezu zur Hälfte zerstört,

dieser Kantine ist die Zeit scheinbar stehengeblieben – Teilnehmer mit einer guten Nase wollen sogar noch



Das Büro der Polizeipräsidenten im 1. Stock ...



... und der Unterrichtsraum im Erdgeschoss

Klapperfeld? Ja, genau, dass noch Jahrzehnte später als Polizeigewahrsam genutzte Gebäude war im 18. Jahrhundert das damalige Polizeipräsidium.

Und, wer hätte es gewusst: das Präsidium im Klapperfeld war auf ein ebenfalls noch heute erhaltenes und weit über die Grenzen Frankfurts hinaus bekannten Gebäude gefolgt: die Hauptwache war ehemals ebenfalls

aber an gleicher Stelle wiederaufgebaut und bis zum Umzug in die Adickesallee im Jahre 2002 genutzt. 14 Polizeipräsidenten haben Chronisten im Laufe der Jahre gezählt. Ein Blick in das Büro, in dem alle residiert haben sollen, war bei der Begehung möglich und ist im Bildteil zu sehen. Aber auch trivialere Orte wie die Kantine konnten in Augenschein genommen werden. Und gerade in

den Geruch einer Fritteuse wahrgenommen haben. Die Einsatzzentrale – bereits im „alten“ PP in den 80er Jahren aus dem Erdgeschoss in neue Räumlichkeiten in ein Obergeschoss und damals als das Non-Plus-Ultra aller technischen Möglichkeiten bezeichnet, war ebenfalls Ziel unseres Besuches. In den Jahren nach 2002 beherbergten diese Räume den „Boxclub

Die Eingangshalle mit Marmor- und Sandsteinsäulen sowie geschmiedeten Geländern.



81". Dem Vernehmen nach war die beigefügte Zahl nicht einem Gründungsjahr, sondern dem 8. Und dem 1. Buchstaben des Alphabets geschuldet – ein Hinweis auf einen Motorradclub, der hier dem Boxsport nachging.

Weitere Stationen der Führung waren der Sitzungssaal, der nach dem Auszug der Polizei als „Dancefloor“ einer Diskothek diente, und der alte Unterrichtsraum. Die Bestuhlung des Unterrichtsraums war wenige Tage zuvor ausgebaut worden. Ein Teilnehmer einer der Führungen hatte die Stühle und Tische als Einrichtung für den Konferenzraum seines Unternehmens erworben!

Ein Betreten des sogenannten „Neubaus“, der zur aktiven Zeit des Polizeipräsidioms Stellen wie das Überfallkommando und den Krimi-

naldauerdienst beherbergte, war leider nicht möglich. Die Gebäudeteile sind auf Grund des enormen Schimmelbefalls dauerhaft gesperrt und dürfen nur mit Atemschutz betreten werden. Bilder unseres – ausgezeichneten – Führers durch die Frankfurter Polizeigeschichte, dem vielen von seiner Tätigkeit beim Hessischen Rundfunk bekannten Andreas Gerlach, belegen, dass sich die Natur diesen Teil des alten Polizeipräsidioms wieder zurückerobert. Nach Pionierpflanzen wie Moosen und Farnen wachsen nun



Unverwechselbar: Der Blick in den Innenhof

die ersten Birken – IN den Büros! Die Führung ist insgesamt sehr zu empfehlen und kann im Internet unter dem Schlagwort „Lost Palaces Frankfurt“ gebucht werden – wie lange noch, das steht allerdings in den Sternen...

© HZ

VERABSCHIEDUNG

FÜHRUNGSWECHSEL BEI DER POLIZEI STATION HÜNFELD – THILO WEHNER FOLGT AUF KARIN JANSSEN



Nach über 40 Jahren bei der Hessischen Polizei geht Karin Janßen mit Ablauf des Monats Mai in den wohlverdienten Ruhestand.

Karin Janßen gehörte mit zu den ersten Frauen bei der Hessischen Polizei und begann ihre polizeiliche Laufbahn 1981

im mittleren Dienst. Nach der Ausbildung führte der Weg in das Rhein-Main-Gebiet. Auch nach dem dem Studium und der bestandenen 2. Fachprüfung versah Karin Janßen Dienst im Frankfurter Raum.

1992 kam die Versetzung zum RP Kassel. Sie bekam zunächst eine Stelle als stellvertretende Dienstgruppenleiterin

beim 6. Revier in Kassel. Dort versah sie bis 1992 ihren Dienst, bevor Karin Janßen in ihre Heimat Osthessen versetzt wurde. Sie wechselte schließlich 1997 zur Polizeidirektion Fulda nach Osthessen.

Zunächst war sie Dienstgruppenleiterin bei der Polizeistation Fulda, wechselte dann in die Führungsgruppe der Polizeidirektion Fulda, bevor sie als Leiterin der DEG zu Polizeistation Hünfeld kam.

Im Jahr 2017 wurde Karin Janßen schließlich Dienststellenleiterin bei der Polizeistation Hünfeld. Nach nunmehr fast genau 5 Jahren, darf Karin in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Als Nachfolger wird nun Thilo Wehner die Geschicke der Polizeistation Hünfeld leiten.

Wir wünschen beiden alles Gute für die Zukunft.

Der angehenden „Ruheständlerin“ wünschen wir vor allem viel Gesundheit für die kommenden Jahre, ein glückliches und zufriedenes Leben und viel Freude im Kreise ihrer Familie. – Glück auf, Karin – ■

BZG OH

GDP-GESPRÄCHE MIT DEN REGIERUNGSFRAKTIONEN

Am 05. Mai trafen sich Jens Mohrherr und Daniel Klimpke mit Vertretern des DGB, Verdi und der GEW zu Gesprächen mit den Regierungsfractionen. Themen waren die Novellierung des HPVG und die amtsangemessene Besoldung. Beide haben weitreichende Auswirkungen auf den Polizeibereich und seine Beschäftigten.



Bilder: Klimpke



Den Auftakt machte die CDU-Fraktion unter Leitung der Fraktionsvorsitzenden Ines Claus. Ihr zur Seite standen die Abgeordneten Christian Heinz und Thomas Hering. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter waren Michael Rudolph, Julia Langhammer (beide DGB), Thomas Wienhold (Verdi), Thilo Hartmann (GEW) und die GdP-Hessen-Vertreter Jens Mohrherr und Daniel Klimpke.

Nach einem kurzen Warm-up mit Vorstellungsrunde ging es sogleich ans Wesentliche. Durch Ines Claus wurde den Anwesenden mitgeteilt, dass zeitgleich zu hiesiger Runde im Innenministerium Gespräche auf Arbeitsebene zur Novellierung des hessischen Personalvertretungsgesetzes stattfinden. Dort sitzen Vertreter von CDU und Grünen zusammen, um die möglichen Änderungen im Bereich der Personalvertretungen zu beraten.

Durch die Gewerkschaftsvertreter wurden nochmals die Knackpunkte dargelegt und es wurde abermals gefordert, diese mit einfließen zu lassen.

Außerdem wurde den Vertretern der CDU ins Stammbuch geschrieben, dass eine Gesetzesvorlage nicht ohne Beteiligungsverfahren stattfinden darf. Auch Nacht- und Nebelaktionen sollten keine stattfinden.

Amtsangemessene Alimentation

Gewichtigeres Thema war die amtsangemessene Alimentation. Hier kam es zu wenig konkreten Aussagen der CDU. Durch Michael Rudolph wurde der Vorschlag unterbreitet, doch wenigstens schon mal die Nullrunde und die 1 % Runde nachzuholen.

Daniel Klimpke ergänzte: „Wenn das Wasser in den Keller läuft, muss man nicht warten, bis man weiß, wie hoch das Wasser steigt, bevor man anfängt, es raus zu pumpen!“

Frau Claus nahm zur Kenntnis, dass die hessischen Landesbeamten auf eine

zeitnahe Reaktion der Regierung warten zum Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel. Dass eine erste „Reparatur“ nicht perfekt sein kann, dafür kann man Verständnis aufbringen, wenn der Wille zum Handeln ordentlich dargestellt wird.

Die Regierung hatte lange genug Zeit ihre Rechenmodelle auf Spur zu bringen. Die Zeit des zinslosen Darlehens der Beschäftigten an die Landesregierung muss nun endlich vorbei sein!

Andere Antworten der Grünen

Das zweite Gespräch des Tages bei der Fraktion der Grünen fand unter Beteiligung des parlamentarischen Geschäftsführers Jürgen Frömmrich und der innenpolitischen Sprecherin Eva Goldbach statt. Die Themen waren gleich, die Antworten aber anders. Frau Goldbach relativierte zunächst das Gespräch im Innenministerium als wiederkehrendes Jour-Fixe. Auch hier trugen die beteiligten Gewerkschaftler wieder ihre Anliegen vor.

Zum Thema Novellierung des HPVG schilderte Jürgen Frömmrich, dass es nach Möglichkeit einen Regierungsentwurf zum HPVG geben sollte, um die Beteiligungsrechte zu wahren. Manchmal machen einem die gesetzlichen Fristen jedoch einen Strich durch die Rechnung.

Eine weitere Gesprächsrunde vor der Sommerpause wurde zugesagt.

Auch zum Thema amtsangemessene Besoldung wurde die Fraktion der Grünen befragt. Wie bei der CDU wurde auch hier auf die komplizierten Rechenverfahren und das ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts verwiesen, weshalb eine schnelle Lösung schwierig sei.

Man versprach jedoch, gerade bei der Abfederung der sozialen Härten ein besonderes Augenmerk drauf zu legen.

Von Seiten der GdP wurde auch bei der Grünen-Fraktion deutlich daraufhin hingewiesen, dass wir ihre Taten an den Ergebnissen messen werden.

Wir werden es nicht kommentarlos hinnehmen, wenn vor der kommenden Landtagswahl im nächsten Jahr ein paar Krümel einer möglichen Besoldungsreparatur hingeworfen werden, anstatt endlich den bereits bezahlten Kuchen auf den Tisch zu stellen.

In beiden Gesprächsrunden haben wir deutlich gemacht, dass die durch den Ministerpräsidenten versprochenen Gespräche endlich stattfinden müssen!

Warme Worte und falsche Versprechen zahlen keine Miete und kein Brot!

Daniel Klimpke



DEUTLICHES ZEICHEN DER POLIZEI BUNDESWEIT



KUNDGEBUNG UND AUFZUG AM 4. APRIL 2022 IN DER MAINZER INNENSTADT

Der Tag begann sehr windig und Unwetter waren nicht ausgeschlossen. Die Beflagung der vielen Regierungsgebäude rund um den Ernst-Ludwig-Platz zeichneten ein ähnliches Bild der Unruhe im Regierungsviertel der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. Über 1.000 Polizeibeschäftigte waren auf der Straße, ein ungewöhnliches, aber beeindruckendes Bild.

Die Polizei bundesweit war in gewisser Sicht in Unruhe geraten. Nicht erst an diesem Tag, sondern schon über viele Jahre hinweg. Es ist kein Phänomen, wenn wir feststellen (müssen), dass Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten, Hilfs- und Rettungskräften und auch gegenüber, nennen wir sie mal „normalen Beschäftigten“ des öffentlichen Dienstes, stetig zunimmt.

Am 04. April 2022 stand die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt ganz im Zeichen der Gewalt gegen Polizeibeschäftigte, Rettungs- und Einsatzkräfte. Von der Straße sollte ein bundesweites Signal in die Bevölkerung gehen, dass endlich der Respekt gegenüber den „Menschen in Uniform“ wieder Einzug hält und die Gewalt gegen diese Kolleginnen und Kollegen harte Konsequenzen nach sich ziehen muss.

„In den Farben getrennt, in der Sache vereint“

Unter diesem Titel haben sich die drei Polizeigewerkschaften GdP, DPoIG und bdk gemeinsam dazu entschieden, eine zentrale Kundgebung mit einem Aufzug zu organisieren.

In den Hintergrund rückten an diesem Tag jegliche gewerkschaftliche optische Erkennbarkeiten und politische Statements.

Im Vordergrund standen die gemeinsame Grundhaltung zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte und das Gedenken an die beiden ermordeten Kollegen.

Der Aufzug stand unter dem Motto „Zum Gedenken an die im Dienst ermordete Yasmin und den im Dienst ermordeten Alexander“.

Die sich anschließende Kundgebung trug den Titel „Zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat“.

Es war beeindruckend, die von weit her angereisten Polizeibeschäftigten vereint in der Sache zu sehen. Aus Hessen nahmen mehr als 200 Kolleginnen und Kollegen teil, die ihre Betroffenheit und gleichzeitig Enttäuschung zum Ausdruck brachten.



Ein Aufzug durch die Innenstadt zum Theaterplatz mit einer Kundgebung beeindruckte nicht nur uns selbst, sondern auch Bürgerinnen und Bürger. Viele Gespräche, die am Rande stattfanden, haben uns einen Rückenwind gegeben, den wir von unserer politischen Führung vermissen.

Aber auch Gespräche mit vielen betroffenen Beschäftigten, die selbst Erfahrung mit belastenden Einsätzen machen mussten, haben Eindruck hinterlassen.

Dahingehend, dass wir nicht locker lassen werden, auf diese Missstände aggressiv aufmerksam zu machen. Wir werden nicht nachlassen, dass solche feigen Morde und andere Straftaten gegen uns endlich die richtigen Konsequenzen haben.

Es ist kein Phänomen, es ist die brutale Realität!

Bei einem Phänomen handelt es sich im Allgemeinen um eine Erscheinung.

Diese Erscheinung kann selten sein, sehr schnell wieder verschwinden, ist aber aus der Sicht des Betrachters immer bemerkenswert oder auffällig. Gewalt gegen Polizeibeschäftigte also ein Phänomen?

Bei Weitem nicht.

Wie brutal uns die Diskussionen zur Gewalt gegenüber unseren Beschäftigten der vergangenen Jahre eingeholt haben, zeigt der Morgen des 31. Januar 2022 in Rheinland-Pfalz, nahe Kusel.

Yasmin und Alexander, zwei von uns, wurden auf nicht vorstellbare Art und Weise ermordet. Sie waren in ihrem Nachtdienst mit dem Auftrag und der Überzeugung unterwegs, für den sie diesen Beruf ergriffen haben. Für Sicherheit zu sorgen und den Rechtsstaat zu verteidigen.

Auf brutalste Art und Weise wurden sie nicht nur diesem Ansinnen beraubt. Sie wurden aus dem Leben gerissen. Dem Leben ihrer Familien und Angehörigen, aber auch aus unserem Leben. Dem der Polizeifamilie, bundesweit.

Wir alle haben in dieser Nacht den polizeilichen Super-GAU erleben müssen. Dass wir in unserem Beruf fortwährend ein gewisses Risiko in den Klamotten tragen, ist allen bewusst. Recht und Gesetz sind im Rechtsstaat jedoch auch dafür verantwortlich, alles risikominimierende für die zu schaffen, die eben diesen Rechtsstaat Tag und Nacht schützen und verteidigen.

Bei allen Vorsichtsmaßnahmen, der intensiven Aus- und Fortbildung, der umfangreichen Schutzausstattung und den schwierigen Lagebeurteilungen vor jedem Einsatz, die Angst bleibt. Sie steckt in den Köpfen fest, bewusst oder unbewusst.

Mit was müssen wir aber als Polizeibeschäftigte, Hilfs- und Rettungskräfte rechnen? Müssen wir uns denn eigentlich ansprechen lassen, uns beleidigen lassen, bei banalen Einsätzen übel beschimpfen lassen?



Menschen dürfen uns scheinbar als Rechtsextremisten verunglimpfen, bei Demonstrationen und „Spaziergängen“ inzwischen zur Normalität geworden.

Was denken und tun eigentlich die polizeilich und politisch Verantwortlichen, was denkt der Gesetzgeber, wenn er solche Vorkommnisse täglich über die Medien und Lagedienste erfahren (muss)?

Es scheint so, als wäre es für sie angenehmer, wenn sie das alles nicht wüssten. Dann bräuchte man sich auch nicht abzudrücken. Eine Schande!

Das Kopfkino läuft in Dauerschleife

Die Gefühlswelt eines Polizisten, der bei einer Unfallaufnahme als Nazi-Polizist beschimpft wird, die Polizistin, die bei einer Personenüberprüfung übelste sexuelle und diskriminierende Beleidigungen hinnehmen muss.

Was geht in einem Kollegen vor, der im Nachtdienst einen Kriminellen aufgrund eines Haftbefehls festnimmt, der dazu mehrere dutzend polizeiliche Voreintragungen hat. Eigentlich beendet er doch seinen Nachtdienst mit einem Erfolg, einem Gefühl, dass der Rechtsstaat funktioniert und der Festgenommene nun die Instrumente eben dieses Rechtsstaats spüren wird.

Dieser Kollege wird im nächsten Dienst jäh von seinem Rechtsstaat enttäuscht sein, wenn der hinter Schloss und Riegel vermutete ihm wieder grinsend auf der Straße begegnet.

Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, die sich für diesen Rechtsstaat einsetzen, dürfen auch erwarten, dass der Rechtsstaat alles unternimmt, um dieser politischen und gesellschaftlichen Fehlentwicklung Einhalt zu gebieten.

Die gefühlte Betroffenheit

Doch was passiert eigentlich seit Jahren? Die Zahlen steigen weiter besorgniserregend an, alle politisch Verantwortlichen zeigen sich besorgt und vermitteln das Gefühl, man kümmere sich darum.

Aber das nächste Mal, dass man von ihnen wieder was hört, ist bei der Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik (um sich selbst zu loben), oder aber bei

leider den Morden, wie sie jetzt geschehen sind. Dann ist es aber leider zu spät.

Wirkungen des Rechtsstaats

Bei Ermittlungen gegen die Beschäftigten scheint der Rechtsstaat dann aber anders zu wirken. Klarer, strikter.

Sagen wir es einmal sehr deutlich. Offensichtlich wird bei Maßnahmen gegen unsere Kolleginnen und Kollegen mit anderem Maß gemessen.

Taucht gegen einen Polizisten oder eine Polizistin eine Beschwerde auf, wird im Rahmen einer rechtmäßigen Maßnahme eine Strafanzeige gegen die Handelnden gestellt, oder wird im schlimmsten Fall von der Schusswaffe Gebrauch gemacht, schießt unser Rechtsstaat aus allen Rohren. Es scheint einfach zu sein.

Gibt es doch Regeln, Belehrungen, Gesetze und letztendlich das Berufsbild des Polizisten oder der Polizistin. Von ihnen wird scheinbar unverhältnismäßig mehr erwartet. Was läuft hier falsch?

Es öffnen sich sehr schnell mehrere Akten, bei der Polizei selbst, der Justiz und auch in den Präsidien bei den Disziplinarermittlern. Es folgt ein monate- teils jahrelanger Spießbrutenlauf für den Kollegen oder die Kollegin.

Und wieder öffnet sich die Gefühlsabteilung im Kopf. Der Rechtsstaat sagt, das musst du aushalten, es ist schließlich dein Beruf und du musst mit solchen Verfahren halt rechnen. Berufsrisiko – aha?!

Ein Makel wirkt über lange Zeit

Bis Verfahren durch die Staatsanwaltschaft, ein Gericht und danach bei den Disziplinarermittlern eingestellt bzw. erledigt werden, weht ein Makel über den Betroffenen. „Ich habe doch alles richtig gemacht“, das hören wir unentwegt.

Die Betroffenen sehen sich in dieser Zeit einer Strafe ausgesetzt. Umsetzungen, Versetzungen, Entwicklungsmaßnahmen und auch Beförderungen und Beurteilungen werden in Frage gestellt.

Rückendeckung?

Dazu springen plötzlich alle aus der Hose, die meinen, etwas dazu sagen zu müssen. Medien, Politik und allen voran die verantwortlichen Minister. Von Rückendeckung aber keine Spur.

Blicken wir auf die unsäglichen Hassposts nach den Morden an Yasmin und Alexander, verschlägt es einem glatt die Sprache.

Wo sind sie denn nun, die „Aus-der-Hose-Springer“?

Dass ein Täter, ja, ein Krimineller aus Idar-Oberstein, zu Straftaten und Morden an Polizistinnen und Polizisten aufruft, wegen eines fehlenden Haftgrundes wieder auf freien Fuß darf, zeigt die systemischen Schwächen unseres Rechtsstaats. Eine Schande.

„Polizistinnen und Polizisten sind Menschen und verdienen eine Würde, die es zu respektieren gilt und die ebenso schützenswert ist, wie bei jedem anderen Menschen auch.“

Beleidigungen, Verleumdungen und andere strafbare Handlungen sind keine Bagatellen.

Auch das Netz ist kein rechtsfreier Raum, in dem es keine Grenzen gibt und in dem jeder machen kann, was er will.

Wer Strafbares tut, darf nicht straflos bleiben; auch nicht im Netz“, so die GdP-Chefin Sabrina Kunz in ihrem Statement zur Demonstration in Mainz.

Beeindruckender Aufschrei

Vielen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte, die aus dem ganzen Bundesgebiet nach Mainz gekommen sind. Sie alle haben dazu beigetragen, dass unserer Enttäuschung Stimme und Bild gegeben wurde.

Und zum Schluss noch einmal zurück zu den „Aus-der-Hose-Springern“.

Wo waren sie eigentlich in Mainz? Man hätte durchaus erwarten dürfen, dass sie sich bei einer solchen Veranstaltung zeigen und ihre Solidarität bekunden. Es ist traurig und beschämend zugleich, dass sich nahezu niemand hat blicken lassen.

Stellt sich wiederum die Frage, wie ernst es genau diese Verantwortlichen mit der Wertschätzung gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen bei Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und anderen Beschäftigten nehmen.

Schämt euch allesamt!

Peter Wittig

FEHLER WERDEN NUR AUF EINER SEITE GEMACHT

2 JAHRE NACH DEM RÜCKTRITT LPP MÜNCH – EINE „NEUE PHILOSOPHIE“ HERRSCHT

Was ist eigentlich aus unserem ehemaligen Landespolizeipräsidenten Udo Münch geworden? Immer häufiger denke ich an ihn persönlich, aber auch an ihn als Chef der obersten Polizeibehörde im hessischen Innenministerium zurück. Eine neue Fehler- und Führungskultur in der hessischen Polizei wurde ausgerufen. Mit viel Tam-Tam verkündete Minister Beuth den Aufbruch zu einer offeneren und transparenteren, aber auch mutigeren Polizei der Zukunft. Was passiert da?



„Innerhalb der hessischen Polizei wurden bereits vor Jahren umfangreiche Maßnahmen angestoßen, um Fehlverhalten frühzeitig erkennen und ahnden zu können. Wir entwickeln jetzt eine grundlegend neue Fehlerkultur, eine Kultur des Hinsehens“, so Beuth und LPP Ullmann in einer Pressemitteilung vom 02.07.2021.

Eine Kultur des Hinsehens. Das impliziert, dass in der hessischen Polizei eine Kultur des Wegschauens herrscht, unglaublich. Mit Worten von Herbert Grönemeyer darf durchaus gefragt werden:

„Was soll das“?

Fehler sollen aufgedeckt und eingestanden werden. Beschäftigte wurden ermutigt, „genau hinzuschauen“ und vermeintliches Fehlverhalten zu „melden“. Anwärter werden offensiv unter Druck gesetzt, ihnen wird ein negatives Bild dessen vermittelt, was sie „draußen“ erwartet, ebenso unglaublich.

Dem Denunziantentum ist Tür und Tor geöffnet. Ist das Teil der betitelten neuen Philosophie, die offensichtlich Einzug gehalten hat?

Mit der neuen Person an der Spitze der Polizei (Roland Ullmann) werde er die nun bekannt gewordenen Defizite angehen, so zitierte die SZ unseren Innenminister Beuth am 14. Juli 2020 nach dem Rücktritt von Udo Münch.

Es würden alle Polizeibehörden im Land geprüft. Die Datenweitergabe bedürfe der weiteren Aufklärung. Bei der Datenabfrage wolle das Land nun den Reset-Knopf drücken, so Beuth. Es würden allen Polizisten neue Kennungen zugeordnet. Wessen Kennung künftig für derlei Datenabfragen genutzt werde, der müsse mit Konsequenzen rechnen.

Alles kam, aber noch viel schlimmer.

Münch ging also am 14. Juni 2020, Beuth blieb, bis heute. Hart an seinem Amt klebend.

Was trieb Münch eigentlich zu diesem Schritt? Ja, er trug ein politisches Amt. Und ja, er ist ein „Ehrenmann“, dass kann ich nur ausdrücklich bestätigen. Andere, wie auch Beuth, sagen das auch. Was ist das aber wert, wenn man diesen „Ehrenmann“ dann fallen lässt wie eine heiße Kartoffel.

Was sagte und meinte Beuth doch wie bereits zitiert, wenn er von einer neuen Fehler- und Führungskultur spricht?

Gilt dies auch für ihn selbst, oder werden die Fehler nur auf einer Seite gemacht? Offensichtlich, denn einen „Häuptling“ oder „Indianer“ fallen zu lassen ist immer noch einfacher als die politische Verantwortung selbst zu übernehmen.

Bis heute habe ich nicht einmal ansatzweise gehört, dass Beuth einen Fehler zumindest einräumt. Einbahnstraße also?!

Münch hat, das weiß ich aus langjähriger Erfahrung, nicht nur als Personalrat und Gewerkschafter, eines nie vergessen, Mensch zu sein und Mensch zu bleiben. Es gab viele Begegnungen, bei denen er sehr offen eigene Fehler eingestanden hat. Das erzeugt Respekt und Anerkennung.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalräten und auch die enge Einbindung der Gewerkschaften, er hatte ein Händchen und das Fingerspitzengefühl dafür. Er pflegte ein enges Netzwerk zum Hauptpersonalrat und holte sich immer „ein Näschen ab“, bevor er Dinge in die Welt setzte oder Entscheidungen traf, nahezu alle Themen betreffend.

Mit Münch würden wir heute keine Diskussion führen (müssen), weshalb Projekte wie Schub11 ohne jegliche Mit-

bestimmung von Personalräten einfach stattfinden. Auch hätten wir nicht weit über eine Woche darüber diskutieren müssen, ob Polizeibeschäftigte im Trauergedenken an die beiden ermordeten Kollegen in Kusel ihre Anteilnahme in Berufskleidung bei der Gedenkveranstaltung in Mainz zum Ausdruck bringen dürfen. Peinlich.

Während bundesweit Kolleginnen und Kollegen in Mainz in ihrer Uniform der schrecklichen Morde gedenken und ein Zeichen der Bestürzung über immer weiter steigende Gewalt gegen Polizei- und Rettungsdienste in der Öffentlichkeit setzten, mussten wir bei unserer politischen Polizeiführung geradezu darum betteln. Unvorstellbar, aber offensichtlich ein weiteres Zeichen der neuen Philosophie.

Ganz nebenbei: Münch wäre selbst dabei gewesen, davon bin ich überzeugt, in Uniform.

Wo waren die Vertreter der „Neuen Philosophie“? Nicht anwesend, abgetaucht, kein Interesse. Wo war Minister Beuth, LPP Ullmann? Ein für mich prägender negativer Höhepunkt, der hängen bleibt.

Welche Rolle spielen also die politisch Verantwortlichen? Allen voran Innenminister Beuth? Sie rufen eine neue Führungs- und Fehlerkultur aus, sie nähren jeden Tag weiter den Hauch des Generalverdachts in die Polizei, sie nehmen keinen Einfluss auf die bereits jahrelang laufenden Disziplinarverfahren in Sachen „Drohmails“ und „rechtsextreme Vorwürfe“. Steht nicht derzeit der mutmaßliche Täter in Frankfurt vor Gericht und muss sich dafür verantworten?

Warum hört man selbst von einigen Oppositionsfractionen, die doch so gerne

die Polizei in die rechte Ecke stellen, nichts mehr? Von Entschuldigungen keine Spur.

Auch von der Landesregierung und an der Spitze von unserem Ministerpräsidenten Bouffier dürften man doch erwarten, dass zu der jahrelangen Vorwurfslage der „rechtsextremen Netzwerke“ in der hessischen Polizei ein Signal an die Beschäftigten gesendet wird.

Das Signal, dass endlich ein mutmaßlich Verantwortlicher für diese unsäglichen Vorkommnisse vor Gericht steht und sich dafür verantworten muss. Die von Minister Beuth ausgerufene neue Führungs- und Fehlerkultur drängt sich doch gerade auf, etwas dazu zu sagen. Ja, auch einmal eigene Fehler einzugestehen, ganz im Sinne in der „Neuen Philosophie“.

Nichts, Fehlanzeige. Offensichtlich herrscht bei ihm die feste Überzeugung vor, keinerlei Fehler gemacht zu haben. Auch nicht bei allen Vorverurteilungen, die seine schnellen Entscheidungen bei den Beschäftigten bewirkt haben.

Selbst nachdem mit der Festnahme des nun vor Gericht stehenden feststand, dass sehr offensichtlich eine große Last von der hessischen Polizei abfiel, geschah nichts.

Was wäre denn so schlimm gewesen, wenn Beuth öffentlich eigene Fehler eingeräumt hätte? Er muss nicht um sein Amt fürchten, denn heute geht man mit Menschen, die die Gabe besitzen, Fehler auch einmal einzugestehen, anders um. Sie werden nicht Opfer dessen, was Beuth selbst mit Münch gemacht hat.

Auch hier aber erneut Fehlanzeige. Er macht halt keine Fehler, der Minister.

Und so war auch letztendlich der „eigene Rücktritt“ von Udo Münch ein Bauernopfer. Er hat „seinem Minister“ die Last genommen, selbst Verantwortung zu übernehmen.

Was ist zusammenfassend in den letzten beiden Jahren geschehen? Was ist vom Generalverdacht gegen unsere Beschäftigten noch übrig? Was haben uns die Untersuchungsausschüsse und die vielen Sitzungen des Innenausschusses, die entschiedenen und noch laufenden Gerichtsverfahren und alle Disziplinarverfahren gelehrt?

Eines sicherlich, die ausgerufene Führungs- und Fehlerkultur ist eine Einbahnstraße. Wenn sich die politische Polizeiführung nicht in der Lage sieht, zumindest ein Teil dieser Vision zu sein und sich ihr stellt, verpufft dies bereits im Ansatz.

Da helfen auch keine aufgezwungenen Newsletter des Ministers, das ständige Lob über gute Arbeit der Polizei, nur wenn es einem selbst passt, wie bei den Veröffentlichungen der Kriminalstatistik.

Auch ein neues Leitbild, seltsamerweise wird das alte plötzlich als schlecht empfunden, wird den Beschäftigten keine Orientierungshilfe sein.

Es sind die Indianer, die unsere Polizei am Laufen halten, die dafür sorgen, dass wir in schwierigsten Zeiten die „Straße nicht verlieren“.

Sie dürfen daher von den Häuptlingen, allen voran den politischen Häuptlingen erwarten, dass dies auch gelingt und die Rahmenbedingungen entsprechend ausfallen.

Vertrauen beruht immer auf Gegenseitigkeit. Es drängt sich geradezu auf, zurückzublicken zur Amtseinführung von Udo Münch im November 2010. Da hieß es:

„Münch sei der „Garant für eine neu definierte Führungskultur“, erklärte der damalige Minister Boris Rhein.

Das kommt einem doch bekannt vor...?

Wie oft wird eigentlich zukünftig eine neue Führungskultur ausgerufen?

Wie sagte doch gleich Minister Beuth in seiner Pressekonferenz vom 14. Juni 2020:

„Münch habe um seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gebeten. Münch übernehme damit als oberster Polizist Verantwortung für Versäumnisse, „die er nicht alleine zu vertreten hat“.

Wer bitte sind denn die anderen, die Beuth hier anspricht? Wahrscheinlich viele, nur er selbst nicht.

Und so verstärkt sich der Eindruck aus dem Titel dieses Artikels:

„Fehler werden nur auf einer Seite gemacht“.

Und diese Seite ist nicht in der politischen Führung verortet. Möglicherweise sollten sich schlaue Menschen, die sich um die Zukunft der hessischen Polizei Gedanken machen, darüber bewusst werden, wer die Kohle in den Antriebswagen der Polizei schippt.

Es sind die bereits angesprochenen „Indianer“. Ohne Kohle kein Dampf, ohne Dampf kein Antrieb. Letzteres fehlt heute bei vielen Beschäftigten. ■

Peter Wittig

DAS MONSTER IST ZURÜCK – DIE INFLATION IM FRÜHJAHR 2022

GEWERKSCHAFTLICHE BETRACHTUNG EINER GROSSEN GEFAHR FÜR UNS ALLE

Der Rückblick auf die Jahre 1923 und 1924 zeigt, dass es zu uns heute doch Parallelen gibt! Die Weltwirtschaft war damals gestört, es gab eine Rohstoffknappheit und das Wirtschaftssystem geriet aus den Fugen.

Inflation, auch Preissteigerungsrate oder Teuerung, bezeichnet den allgemeinen Anstieg des Preisniveaus einer Ökonomie über einen bestimmten Zeitraum. Steigt das allgemeine Preisniveau, kann jede Geldeinheit weniger Güter und Dienstleistungen kaufen. Folglich spiegelt die Inflation eine Abnahme der Kaufkraft wider. Quelle Wikipedia

Schon vor dem Krieg gegen die Ukraine begannen die Preise für Kraftstoff und Energie merklich zu steigen. Der Liter Diesel, der im Sommer 2021 noch bei ca. 1,20 Euro lag, kletterte auf fast 1,60 Euro im Winter 2022. Auch wer seinen Heizöltank füllen musste oder von seinem bisherigen Gas- und Stromanbieter Ende 2021 die Kündigung bekam, merkte, dass sich hier etwas zum Schlechten hin für uns alle entwickelt.

Vor einigen Wochen konnte ich lesen, dass die deutsche aber auch Weltwirtschaft momentan auf einen „schwarzen Schwan“ und den „perfekten Sturm“ trifft.

Beides Begriffe in der Wirtschaft, die eine äußerst schlechte Prognose für die nahe Zukunft ausdrücken. Der „schwarze Schwan“ drückt die absolute Seltenheit im Vorkommen der Natur aus und meinte die erhebliche wirtschaftliche Störung weltweit, die Corona schon angerichtet hatte. Der „perfekte Sturm“ bezeichnet das für ein Seefahrzeug größte mögliche zu erwartende Schadensereignis, das sehr selten vorkommt und mit dem Krieg gegen die Ukraine hier verbunden wird. Beides, die Folgen von Corona treffen nun auf den Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen für uns alle.

Beim Schreiben dieser Zeilen Ende April steigt die Inflation nach dem Statistischen Bundesamt in dieser Zeit auf 7,3 %, davon die Energiepreise auf 39,5 % und die Preise für Lebensmittel auf 6,2 %. Dies ist eine Preisentwicklung, die es so seit 50 Jahren nicht gab.

Die im September 2021 vereinbarten Tarifierhöhungen von 2,2 % zum 1.8.2022 und nochmals 1,8 % zum 1.8.2023 fangen somit nicht annähernd diese Preissteigerungen auf.

Was nun? - fragen wir uns alle. Keiner konnte im September diese Entwicklungen erahnen. Als richtig erachte ich das Entlastungspaket der Bundesregierung wegen der hohen Energiepreise. Zum ersten Juni sollen die Dieselpreise um ca. 14 Cent und die Spritpreise um ca. 30 Cent pro Liter fallen. Dies wird durch eine Steuersenkung auf Kraftstoffe ermöglicht. Ferner sollen alle Arbeitnehmer eine einmalige Energiepauschale von 300 Euro bekommen, ausbezahlt mit dem Gehalt. Auch bekommen alle Familien einen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind einmalig als Entlastung ausbezahlt. Zudem soll es für drei Monate ein bundesweites Ticket für den Nahverkehr geben, das man für 9 Euro monatlich kaufen kann.

Diese Maßnahmen lassen erkennen, dass die Politik aus den Geschehnissen vor 100 Jahren lernen möchte und gegen eine drohende Lohn-Preis-Spirale ankämpft. Bei den 300 Euro Energiepauschale fehlt mir jedoch der Blick auf die Rentnerinnen und Rentner und die Pensionäre, die eh ein geringeres Einkommen haben, aber die gleichen hohen Preise wie alle anderen bezahlen müssen. Ich kritisiere auch, dass die Steuersenkungen bei den Diesel- und Spritpreisen erst zum 1. Juni greifen sollen. Warum hat man dies nicht schon für März oder April beschlossen, hier waren die Preise auf dem bisherigen Höchststand.

Mit dem Jobticket in Hessen kann das 9 Euro Ticket, das dann bundesweit gilt, lediglich für Fernpendler eine Ergänzung sein, oder von den Rentnern und Pensionären genutzt werden. Und wer in einer Gegend wohnt, in der der ÖPNV im Stun-

den- oder Tagestakt vorbeikommt, hat eh nichts davon.

Wie wir alle auch im Supermarkt jede Woche beim Einkaufen merken, erhöhen sich die Preise schneller als man sie sich merken kann. Wo und wann hört das wieder auf?

Werden wir wie vor 100 Jahren auch wieder eine stärkere Arbeitslosigkeit bekommen?

Werden Industriebereiche ihre Tätigkeiten einstellen, da die Energiekosten zu hoch sind?

Werden sich die Regale in den Supermärkten weiter leeren? Werden wir auf manche Produkte Wartezeiten bekommen, wie damals in der DDR?

Was passiert, wenn die Autoindustrie, das wirtschaftliche Herzstück der Bundesrepublik, auf lange Sicht keine Fahrzeuge mehr produziert, da es weder Chips noch Kabelbäume gibt?

Werden wir soziale Verwerfungen erleben, wenn Betriebe schließen und die Arbeiter ihre Familien nicht mehr ernähren können?

Wie wird diese Situation die Polizei treffen, wenn der Staat sich weiter hoch verschuldet und weniger Steuereinnahmen generiert?

Dies alles sind Fragen, auf die es heute noch keine Antwort gibt. Aber es zeigt mir, dass wir momentan nicht mehr „barfuß durch die Blumenwiese“ laufen. Auf uns kommen harte Zeiten zu. Dies sollten sich schon heute alle Kolleginnen und Kollegen sehr bewusst machen. Die Party (oder unser altes Leben wie wir es kannten und schätzen) ist erst einmal vorbei. Ich halte den Gedanken für angebracht, größere geplante Investitionen in Freizeitaktivitäten und Hobbies oder nicht unbedingt benötigte Neuanschaffungen erst einmal zu verschieben. Nach meiner Ansicht und Bewertung der Lage müssen wir erst einmal alle zusammen das „Monster“ der Inflation wieder einfangen und für die nächste Ewigkeit unter Verschluss bringen.

Die GdP Hessen hatte um das Jahr 2015 in der Zeit der Nullrunde und dem Lohndiktat als Werbung einen frierenden

Pinguin im Eis mit dem Slogan „Komm rein es wird kälter!“ Nie war dieser Spruch aktueller wie heute.

Nur wenn wir jetzt gemeinsam gegen harte Einschnitte und kommende wirtschaftliche Verluste vorgehen, werden wir Erfolg haben und unsere Einkommen und unseren Lebensstandard in den nächsten Jahren halten können. Bitte macht das allen Kolleginnen und Kollegen deutlich. Die Lage ist ernst wie nie! Wir brauchen euch alle für die Abwehrschlacht.

Das Gute am Ende mit Blick auf die Situation von vor 100 Jahren ist, dass es „nur“ die beiden Jahre 1923/24 betroffen hat. Dann wurde die Situation wieder besser und man hatte die Inflation besiegt.

Uns wird dies sicher auch gelingen, vielleicht ja auch schneller als damals!

Stefan Rüppel



AKTUELLES

Neue Kontaktdaten der Bezügestelle

Die Bezügestelle ist zuständig für die Zahlbarmachung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten, der Tarifbeschäftigten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes Hessen. Am 11. März 2022 wurde sie in das Regierungspräsidium Kassel umstrukturiert und die Kontaktdaten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezügestelle vollständig auf die Systematik des Regierungspräsidiums umgestellt.

Mailadresse alt:

Vera.Mustermann@hbs.hessen.de

Mailadresse neu:

Vera.Mustermann@rpks.hessen.de

Telefonnummern alt für Kassel

0561/1008-XXXX

Telefonnummern neu:

0561/106-3XXX



INTERVIEW ZUM BESOLDUNGSRURTEIL

Stefan Rüppel im Gespräch mit MdL Oliver Ulloth

S.R.: Herr Ulloth, am 30.11.2021 hat der Verwaltungsgerichtshof bei einer Klage die verfassungswidrige Besoldung bei den hess. Beamten erkannt und die Klage an das Bundesverwaltungsgericht in Karlsruhe verwiesen. Wie wird das rechtliche Verfahren aus Ihrer Sicht nun weitergehen?

MdL Ulloth: Mit der Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel ist klar, dass hessische Landesbeamte über mehrere Jahre nicht angemessen bezahlt wurden und die schwarzgrüne Landesregierung nunmehr für eine angemessene Beamtenbesoldung zu sorgen hat. Der VGH hat in seinem Urteil vom 30. November 2021 festgestellt, dass die Beamtenbesoldung in Hessen in den Jahren 2013 bis 2020 nicht den verfassungsgemäßen Vorgaben entsprochen hat und seinen Beschluss dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt, welches den Sachverhalt jetzt eingehend prüfen und letztlich abschließend entscheiden wird.

S.R.: Aus Ihrer Erfahrung heraus, wird Karlsruhe hier im Detail über Nachzahlungen und Summen urteilen?

MdL Ulloth: Hier möchte ich den Beratungen des Bundesverfassungsgerichts nicht vorgreifen. Was wir in früheren Entscheidungen aus Karlsruhe in Sachen Beamtenbesoldung allerdings sehen konnten ist, dass das Bundesverfassungsgericht in seiner einschlägigen Rechtsprechung über die Jahre einen umfassenden Prüfmaßstab entwickelt hat, mit dem es die Angemessenheit der Besoldung von Beamtinnen und Beamten in den Blick nimmt. Diesem Maßstab wird sich nunmehr auch das Kasseler Urteil unterziehen müssen.

S.R.: Herr Innenminister Beuth hat den DGB Hessen Anfang Januar angeschrieben, dass er sich mit den Gewerkschaften über eine Lösung in der Besoldungsfrage zusammensetzen möchte. Wie verläuft hier die politische Diskussion im Landtag?

MdL Ulloth: Der Innenminister hat bei verschiedenen Gelegenheiten verlauten lassen, dass er bzw. sein Haus sich nach der schriftlichen Urteilsbegründung mit Nachdruck der Frage einer verfassungsgemäßen Beamtenbesoldung in Hessen widmen werde. Hiervon sehen wir

bislang, auch im Hessischen Landtag, allerdings herzlich wenig. Als SPD-Fraktion haben wir den Innenminister in den vergangenen Wochen daher mehrfach aufgefordert, hier tätig zu werden: So hat unser Fraktionsvorsitzender, Günter Rudolph, im Dezember öffentlich gefordert, das Kasseler Urteil unverzüglich umzusetzen; im Januar habe ich selbst in einer Sitzung des Innenausschusses des Hessischen Landtags den Innenminister zum aktuellen Stand der Umsetzung befragt – bislang blieben diese Aufforderungen allerdings ohne messbaren Erfolg.

S.R.: Glauben Sie, dass die Landesregierung schon konkrete Pläne hat, wie sie diesen Fehler in der Besoldung auflösen kann?

MdL Ulloth: Das ist eine gute Frage, die Sie vermutlich besser an den Innenminister richten müssten. Und natürlich stehen wir als SPD-Fraktion für eine zeitnahe und verfassungskonforme Anpassung der Beamtenbesoldung in Hessen jederzeit zur Verfügung – das würde allerdings voraussetzen, dass das Innenministerium tätig wird und das Parlament in die notwendigen Schritte mit einbezieht.

S.R.: Haben Sie als SPD-Fraktion im Landtag Erfahrungen, wie in Thüringen das Besoldungsreparaturgesetz für die Kolleginnen und Kollegen umgesetzt wurde und ob es hier zu Nachzahlungen kam?

MdL Ulloth: Uns ist das Besoldungsreparaturgesetz aus Thüringen natürlich bekannt, es ist zum momentanen Zeitpunkt allerdings noch zu früh um abschätzen zu können, ob ein solches rechtliches Konstrukt auch in Hessen notwendig sein könnte. Hierfür müssten wir erst einmal wissen, welches Reformpaket der Innenminister bereit war zu schnüren.

S.R.: Wie wird es nach Ihrer Einschätzung in diesem Jahr in dieser Sache in Hessen weitergehen? Was wird hier von der Landesregierung erfolgen?

MdL Ulloth: Hoffentlich die Umsetzung dessen, was diese Landesregierung versprochen hat: die unverzügliche Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs, kein Aufschieben bis zu einem Beschluss auf Karlsruhe und damit verbunden eine Anerkennung der großen Leistungen der hessischen Beamtinnen und Beamten. Als SPD-Fraktion im Hessischen Landtag werden wir den Innenmi-

nister auf jeden Fall weiterhin konsequent daran erinnern, hier unverzüglich zu liefern.

S.R.: Was glauben Sie, wie lange der Prozess dauert, bis wir eine verfassungsmäßige Besoldung in Hessen haben werden?

MdL Ulloth: Das lässt sich leider nicht seriös vorhersagen. Da die nunmehr notwendige Neuregelung der Beamtenbesoldung auch parlamentarisch, d.h. durch ein Gesetzesvorhaben, begleitet werden muss, wird es hier aller Voraussicht nach noch etwas Zeit benötigen.

S.R.: Haben Sie eine persönliche, unverbindliche Einschätzung, ob und wenn ja in welcher Höhe ungefähr mit Nachzahlungen bei dem Familienzuschlag ab dem dritten Kind und aber auch mit dem Abstandsgebot in der Besoldung sowie der Nullrunde und dem 1 % Gehaltszuwachs aus den Jahren 2015 und 2016 zu rechnen ist?

MdL Ulloth: Seriös lässt auch das sich zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht beantworten.

S.R.: Was wird die SPD im Landtag hier in diesem Fall politisch fordern?

MdL Ulloth: Wie bereits gesagt, werden wir als SPD-Fraktion im Hessischen Landtag weiterhin darauf drängen, dass die Landesregierung zeitnah und umfassend die maßgeblichen Eckpunkte des VGH-Urteils umsetzt. Die verfassungsgemäße Besoldung der hessischen Beamtinnen und Beamten sollte eine Selbstverständlichkeit sein und nichts, wozu man die schwarzgrüne Landesregierung auffordern muss. Neben der Anerkennung der Leistungen, die die hessischen Beamtinnen und Beamten Tag für Tag erbringen, hat dies auch etwas mit der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Hessen zu tun. Wir wollen als Land ein attraktiver, moderner und verlässlicher Arbeitgeber sein – entsprechend müssen die Bediensteten aber auch entlohnt werden.

S.R.: Herr Ulloth ich bedanke mich im Namen der Leserinnen und Leser des Polizeireporters für dieses Interview.

MdL Ulloth: Ich bedanke mich für das interessante Gespräch und verbinde dies mit einem herzlichen Dank für den besonderen Einsatz der Kolleginnen und Kollegen unserer Landespolizei in diesen schweren Zeiten.